

# NEUE ZUGER ZEITUNG



**the blinker**  
Das heisse Lokal cool klimatisiert.  
Montag bis Samstag 08.00-24.00; Sonntag 10.00-22.00,  
auf dem AMAG Areal in Cham mit grossem Parkplatz.  
phone +41-41 784 40 90 contact@the-blinker.biz www.the-blinker.biz

**Kampfjet** Jetzt wird  
beim Gripen um die Bezahlung der  
Entwicklungskosten gefeilscht. **4**

**Abschied** Edith Ulrich schliesst  
am Samstag die Türen ihres Steinhauser  
Dorfladens für immer. **27**

## Die EU soll zentralisiert werden

**VORSCHLÄGE** EU-Präsident  
Herman Van Rompuy will die  
EU reformieren. Berlin kritisiert  
seine Vorschläge harsch.

red. Für den EU-Gipfel von Donnerstag und Freitag hat der EU-Präsident Herman Van Rompuy gestern einen 4-Punkte-Plan vorgestellt. Dieser beinhaltet auch die Einführung von Eurobonds. Ziel der Reform seien mehr «solidarische Verantwortung und eine echte Wirtschaftsunion». Van Rompuy erklärte zu dem siebenseitigen Bericht, die Wirtschafts- und die Währungsunion seien die Eckpfeiler der EU. Heute stehe die Währungsunion aber vor grundsätzlichen Herausforderungen. Nationale Entscheide dürften nicht mehr isoliert getroffen werden.

Zinsanstieg für	
	<b>Spanien</b>
dreimonatige Anleihen:	von 0,846% <b>auf 2,362%</b>
sechsmontatige Anleihen:	von 1,787% <b>auf 3,237%</b>
	<b>Italien</b>
zweijährige Anleihen:	von 4,037% <b>auf 4,712%</b>

Grafik: Oliver Marx

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, zusammen mit Euro-Gruppenchef Jean-Claude Juncker und dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, ebenfalls am Verfassen des Papiers beteiligt, forderte einen «Sprung vorwärts». Um eine Wirtschafts- und Währungsunion zu erreichen, «brauchen wir eine Bankenunion, eine Fiskalunion und weitere Schritte hin zu einer politischen Union». In ihrem Bericht schlugen die EU-Chefstrategen eine Vergemeinschaftung der Schulden in der Eurozone vor. «Mittelfristig könnte die Ausgabe gemeinsamer Schuldscheine ausgelotet werden.»

### «Keine Eurobonds, solange ich lebe»

Aus Berlin kam postwendend harsche Kritik zu den Plänen der EU-Spitzenpolitiker zurück. Deutlich wie nie hat sich Kanzlerin Angela Merkel gegen Eurobonds ausgesprochen. Es werde

in der europäischen Schuldenkrise keine gemeinsame Haftung geben, «solange ich lebe», sagte Merkel anlässlich einer FDP-Fraktionssitzung. Sie lehnt entsprechende Pläne der EU-Chefstrategen kategorisch ab. Das berichteten gestern Abend mehrere Nachrichtenagenturen.

Zu den Befürwortern von Eurobonds gehören hingegen Spanien und Italien. Die beiden Länder konnten sich zwar gestern frisches Geld an den Kapitalmärkten beschaffen – allerdings zu deutlich schlechteren Konditionen (siehe Grafik links).

Spanien musste zudem einen zweiten Tiefschlag hinnehmen: Kurz nachdem die Regierung offiziell Hilfe der Eurozone beantragt hatte, stufte die US-Ratingagentur Moody's die Bonität von 28 spanischen Banken herab. Für einzelne Banken ging es gar um ganze vier Stufen nach unten.

### KOMMENTAR

## Unnötige Verzögerung

Täglich wird in der Schweiz eine Fläche von mehreren Fussballfeldern verbaut. Die Zersiedelung schreitet unaufhaltsam voran. Der Grund ist einfach: Es fehlt eine nationale Raumplanung, die den Namen verdient. Jeder Kanton kennt eigene Regeln, und nicht jeder Kanton hält sich an das geltende Recht.

Wenn Land eingezont wird, profitieren davon in erster Linie die Landesbesitzer. Ohne eigenes Zutun können sie den Wert ihres Bodens vervielfachen. Profitiert haben davon in der Vergangenheit nur wenige. Die Folgen, wie etwa die Kosten der verkehrstechnischen Erschliessung, trägt hingegen die Allgemeinheit.

Es ist deshalb nichts als richtig, dass das revidierte Gesetz einen Teil des Mehrwerts von neuen Einzonungen abschöpfen will. Mit den Einnahmen sollen übergrosse Baulandreserven abgebaut und deren Besitzer entsprechend entschädigt werden. So kann eine Verdichtung des Baulandes erreicht werden.

Dass der Gewerbeverband nun das Referendum ergreift, ist schwer verständlich. Erstens verzögert er damit eine notwendige Reform. Und zweitens steigt die Gefahr, dass stattdessen die radikalere und weniger flexible Landschaftsinitiative angenommen wird.

Die Landschaftsinitiative will die bestehenden Bauzonen für die nächsten 20 Jahre einfrieren. Ähnliche Konflikte wie bei der Zweitwohnungsinitiative wären programmiert. Nicht zuletzt deswegen stellen sich eine grosse Mehrheit des Parlamentes, die kantonalen Baudirektoren und auch Tourismusverbände hinter die Gesetzesrevision. Mit gutem Grund: Denn ohne nationale Regelung ist der Zersiedelung kein Einhalt zu gebieten.

JAN FLÜCKIGER  
jan.flueckiger@luzernerzeitung.ch

## Der Rat will nur die Sanierung

**GGR** red. Der Badeanstalt Seeliken soll auf keinen Fall die Liegefläche streitig gemacht werden. So lautete der O-Ton in allen Fraktionen in der gestrigen Sitzung des Grossen Gemeinderates. Das Parlament sprach sich nach langer Diskussion deutlich dafür aus, dass das Theater Casino zwar saniert, jedoch auf die geplante Foyererweiterung verzichtet werden soll.

Einstimmig beschlossen die Parlamentarier deshalb auch, dass dem Stimmvolk zwei Varianten – eine mit und eine ohne Foyererweiterung – vorgelegt werden sollen. Daneben bekam der Stadtrat auch ein Sparprogramm vorgesetzt: Er muss – sofern das Foyer nicht ausgebaut wird – satte 800 000 Franken sparen.

21

## Grosskampf um Raumplanung

**REFERENDUM** red. Der Schweizerische Gewerbeverband stemmt sich gegen die Revision des Raumplanungsgesetzes. Diese sieht vor, dass bei neuen Einzonungen mindestens 20 Prozent des entstehenden Mehrwertes dem Staat abzugeben sind. Der Gewerbeverband sieht darin «eigentumsfeindliche Zwangsmassnahmen» und ergreift das Referendum, wie er gestern mitteilte.

Das Referendum führt zu einer komplizierten Ausgangslage, weil die Revision ein indirekter Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative ist und diese damit hängig bleibt. Wie sehr das Thema zu Emotionen führt, zeigt das Unterwallis, wo die CVP-Sektion von Parteipräsident Christophe Darbellay mit dem Austritt aus der CVP Schweiz droht. **Kommentar 5. Spalte**

3



## In drei Tagen ist die Autobahn fertig

Die Zeit der lästigen Staus ist beendet: Am Samstag wird die Autobahn A 4 zwischen Cham und Rütihof eröffnet. Auf sechs Spuren kann nun der Verkehr fließen. Kleiner Wermutstropfen: Bis Ende Jahr gilt Tempo 80. Bild Matteo Gariglio

19



### INHALT

Agenda	33	Ratgeber	10	TV/Radio	16
Forum	15	Rätsel	15	Wetter	10
Immobilienmarkt	34	Todesanzeigen	9	Zentralschweiz	18

### ANZEIGE

Abonnieren lohnt sich!



Angebote heute auf  
Seite 24



GGR

## Vereidigung

David Jandl (SVP) wurde an der gestrigen Sitzung als neues Mitglied des Grossen Gemeinderates vereidigt. Er tritt die Nachfolge von Beat Bühlmann an, der infolge Wegzugs aus dem Parlament ausscheidet.

## Park Tower

Vom Bericht des Stadtrats zum Bebauungsplan Foyer nimmt der Rat Kenntnis. Demnach wird ein öffentlicher Raum mit einer Fläche von rund 100 Quadratmetern eingerichtet. Der Ausbau wird die Stadt rund 200 000 Franken kosten. Die Interpellation «Aussichtsplattform Park Tower: Beteiligung der Stadt Zug» von Michèle Kottelat und Silvan Abicht (beide GLP) wird als beantwortet abgeschlossen, ebenso die Interpellation «Warum kommuniziert der Stadtrat nicht offen in den Kommissionen betreffend Aussichtsplattform Park Tower» von Barbara Hotz-Loos (FDP). Die Diskussion wird dabei auch über den Meinungsumschwung geführt, den der Stadtrat in der Sache vollzogen hat. In seinem ersten Bericht hatte er den Verzicht auf die Aussichtsplattform empfohlen.

## Casino

Mit 36 Stimmen beschloss das Stadtparlament gestern einstimmig, den Kredit für die Sanierung des Theater Casinos einer Variantenabstimmung zu unterstellen: Die Variante A beinhaltet eine Sanierung ohne die geplante Foyererweiterung (Kostenpunkt: 13,64 Mio. Franken), Variante B mit Foyererweiterung (18,76 Mio. Franken). Gleichzeitig gab der Rat unter Namensaufruf eine Abstimmungsempfehlung ab: Mit 31 zu 5 Stimmen bevorzugt er die Variante A.

## Rötberg

Der Grosse Gemeinderat folgt den Empfehlungen der GPK und BPK und stimmt der Vorlage über die Zonenplanänderung Rötberg in 2. Lesung zu. Die Stadt Zug kann demnach das Grundstück Rötberg zu einem Preis von 5 Millionen Franken erwerben. Im Gegenzug kann der Eigentümer ein benachbartes Grundstück überbauen. Das Grundstück, das die Stadt bekommt, beinhaltet das Restaurant Rötberg sowie eine Scheune. Bauzone mit speziellen Vorschriften ist für öffentlich zugängliche Nutzungen, insbesondere für Gastronomie sowie für Wohnen und Arbeiten bestimmt.

## Jugendmusikfest

Das 16. Schweizerische Jugendmusikfest erhält von der Stadt Zug einen Beitrag von 250 000 Franken und eine Defizitgarantie von 150 000 Franken. Der Antrag der SVP, die Defizitgarantie zu streichen, scheitert. Es stört aber auch weitere Gemeinderäte, dass die Veranstalter bereits ein Defizit im Budget einberechnen. So sei die Defizitgarantie einfach eine zusätzliche Subvention.

## Wirtschaften

Der Rat nimmt die Antworten des Stadtrats zur Interpellation von Philip C. Brunner (SVP) zur Kenntnis. Brunner hinterfragt unter dem Titel «Bewirtschaftung der Wirtschaften – städtische Gastronomie für alle – hat die Stadt Zug ihre vielfältigen Beizen eigentlich im Griff?» das Vergabewesen von Pachtverträgen für Gastronomiebetriebe, die der Stadt gehören. Aktueller Anlass ist für Brunner die Neuverpachtung des Hafenrestaurants.

## Nächste Sitzung

Der Grosse Gemeinderat der Stadt Zug tagt wieder am Dienstag, 28. August, im Kantonsratsaal.

# Einmal mit, einmal ohne



Nun hat das Stadtparlament seinen Entscheid zum Casino gefällt.

Bild Werner Schelbert

**CASINO** Das Volk wird über die Sanierung und die Foyererweiterung separat abstimmen. Der Stadtrat muss aber nochmals rechnen. Diesmal nicht in Quadratmetern.

SAMANTHA TAYLOR  
samantha.taylor@zugerzeitung.ch

Klar und deutlich äusserte sich das Stadtparlament gestern zur zweiten Etappe der Gesamtrenovierung des Theaters Casino Zug: Ja zur Sanierung und Nein zur Erweiterung des Foyers lauteten fast unisono die Voten aus den Fraktionen. Der gestrigen Diskussion im Rat war bereits eine hitzige Debatte in der Bevölkerung vorausgegangen. Die Gemüter erregte in erster Linie die Befürchtung, dass die Erweiterung des Foyers Einbussen bei den Liegeflächen in der Badi

Seeliken verursachen würde. Die vom Stadtrat kurzfristig vorgeschlagene Erweiterung der bereits bestehenden Holzroste (wir berichteten) wirkte wenig besänftigend, wie sich in der Diskussion im Grossen Gemeinderat zeigte. So kritisierte Karl Kobelt von der FDP-Fraktion die Art und Weise, wie der Stadtrat das Projekt Liegeroste ins Spiel brachte: «Der Verdacht liegt nahe, dass der Stadtrat mit der Nacht-und-Nebel-Aktion zu den Holzrosten dem Rat die Foyererweiterung zusätzlich schmackhaft machen wollte. Das stösst uns sauer auf.» Gar als «No-Go» bezeichnete etwa Silvan Abicht von der GLP die Erweiterung auf Kosten der Seeliken. Und Urs E. Meier von den Alternativen ärgerte sich, dass das, was als Erweiterung angepriesen werde, untauglich, lediglich der Quadratmeterstatistik dienlich und ein «Gschnurpf sondergleichen» sei.

### Genaue Prüfung der Roste

So war es denn auch wenig überraschend, dass die vom Stadtrat vorge-

schlagene Variantenabstimmung einstimmig vom Parlament angenommen wurde. Das Volk wird nun an der Urne darüber entscheiden können, ob das Theater Casino saniert und gleichzeitig das Foyer erweitert wird. Kostenpunkt: 18,76 Millionen Franken. Oder ob lediglich die Sanierung für rund 14,44 Millionen Franken ausgeführt wird.

Die Erweiterung der Liegeroste soll vom Rat in einer separaten Vorlage behandelt werden und nicht vors Volk kommen, so die Meinung der Mehrheit des Parlaments. Zwar bestehe in der Badeanstalt auch ohne eine Erweiterung des Foyers ein Platzproblem, jedoch müsse die Vergrößerung der Holzroste genau geprüft und nicht einfach in einer «Hauruck-Übung» beschlossen werden, begründete etwa Martin Eisenring von der CVP-Fraktion.

### 800 000 Franken gekürzt

Das Stadtparlament sprach sich allerdings nicht nur gegen eine Erweiterung des Foyers aus. Beschliesst das Volk,

dass nur die Sanierung durchgeführt wird, muss der Stadtrat auch noch den Gürtel etwas enger schnallen. Dies forderte die Fraktion Alternative-CSP in ihrem Antrag. Urs E. Meier beanstandete die «viel zu hohen» projektierten Kosten von einer Million Franken für die Sanierung der bestehenden Fassade des Foyers. «Wir rechnen hier mit einer Million Franken für das Austauschen von 90 Quadratmetern Fensterfläche.» Die tragende Glasfassade der im letzten Jahr eingeweihten Bibliothek Menzinger, die drei Mal so gross sei, habe inklusive sturmfestem Sonnenschutz gerademal 370 000 Franken gekostet. «Für die Sanierung genügen demnach 200 000 Franken.» Der Antrag wurde vom Rat, zum Missfallen von Bauchef André Wicki, mit 19 zu 12 Stimmen angenommen.

Das Stimmvolk wird voraussichtlich am 25. November über die Varianten abstimmen. Das Parlament empfiehlt mit 31 zu 5 Stimmen die Sanierung ohne Erweiterung.

# Wankelmüt oder mustergültige Kooperation?

**TOWER** Der Meinungsumschwung des Stadtrats zur Aussichtsplattform führte zu Diskussionen. Daraus zieht man jetzt Lehren.

Hat der Stadtrat mustergültig demokratisch gehandelt? Liess er sich um den Finger wickeln, oder war er unter Druck gesetzt worden? Der Bericht des Stadtrats über die Aussichtsplattform im obersten Geschoss des geplanten Park Tower gab im Grossen Gemeinderat (GGR) nochmals einiges zu reden. Dies, obwohl der Bericht nur zur Kenntnisnahme vorgelegt wurde und es nichts zu beschliessen gab. Doch der Stadtrat hat zweimal die Meinung um 180 Grad geändert. In die Verhandlungen mit der Peikert Immobilien AG stieg er mit dem Auftrag, den er aus dem Bebauungsplan ableiten konnte: Das oberste Geschoss des Park Tower soll «teilweise öffentlich» genutzt werden. Im Januar schlug er in seinem Bericht vor, dass man auf das öffentliche Nutzungsrecht verzichten sollte und die Stadt dafür mit rund 1,65 Millionen Franken entschädigt werden sollte. Nachdem die Geschäftsprüfungskommission (GPK) und die Bau- und Planungskommission (BPK) nicht einverstanden waren mit diesem Verzicht, korrigierte auch der Stadtrat seine Meinung wieder.

### «Ein Münsterchen der Kooperation»

Zudem wurde bekannt, dass sich im 24. Stock des Towers ein «Superreicher» einrichten wollte. Was genau könnte das eine mit dem andern zu tun gehabt

haben, sollte es einen Zusammenhang zwischen dem vorgeschlagenen Verzicht der Stadt und dem Interesse des potentiellen Käufers geben? Auch das Rückkommen des Stadtrats auf den ursprünglichen Auftrag warf nochmals Fragen auf, sodass sich der GGR gestern mit der Interpellation von Barbara Hotz (FDP) auseinandersetzte, die eine offene Kommuni-

kation vermisste. Auch die Antworten des Stadtrats auf eine Interpellation von Michèle Kottelat und Silvan Abicht (beide GLP) lagen vor. Diese bezweifelten darin bereits in November 2011 Sinn und Zweck der Aussichtsplattform. Die Ansichten über das Vorgehen des Stadtrats könnten nicht unterschiedlicher sein. «Die Kommissionen haben den Willen

des Stadtrats gebrochen, es wurde gekuschelt, die Köpfe wurden eingezogen: So sah es Michèle Kottelat in der Debatte. Ganz anders die Sichtweise von BPK-Präsident Urs Bertschi: «Die BPK hat die Pflicht, beschlossene Bebauungspläne sorgsam zu begleiten. Sie hat ihres Amtes gewaltet – der Stadtrat hat es eingesehen, ein Münsterchen von beispielhafter Kooperation von Exekutive und Legislative.»

### In Zukunft Nutzungen definieren

Uneinig war man über Nutzen der Aussichtsplattform im 24. Stock für die Öffentlichkeit. Barbara Hotz zweifelte daran, dass dort oben dereinst Kindergeburtstage, Vereinsitzungen, Geschäftsmeetings oder Fraktionssitzungen stattfinden. Michèle Kottelat befürchtete, dass ein kostendeckender Nutzungszins nur für eine Elite erschwinglich sein würde. Die schlechte Vermietbarkeit werde Folgekosten auslösen, sagte sie. Sie vermutete zudem, gewisse Kreise wollten, dass «die Stadt sich möglichst viele Aufgaben aufbürdet, damit Steuererhöhungen unumgänglich werden».

Die Diskussion folgte einer pragmatischeren Linie. Mehrheitlich unterstützt wurden Schlussfolgerungen der FDP-Fraktion, die Adrian Moos präsentierte. Im Kern sollen bei Bebauungsplänen allfällige öffentliche Nutzungen genauer definiert werden. Für die Plattform im Park Tower empfahl Moos ein Nutzungskonzept, das dem GGR ebenfalls zur Kenntnisnahme vorgelegt werden solle. Allerdings, so sagte Bauchef André Wicki, stehe schon im Antrag, dass ein Betriebskonzept vorgesehen sei.

CHRISTIAN VOLKEN  
christian.volken@zugerzeitung.ch

Gute Aussichten für alle: Im obersten Stock des Park Towers gibt es öffentlichen Raum.  
Visualisierung PD

